Ä-K02-618 Jetzt den Planeten schützen: Klima und Mobilität

Antragsteller*in: Martin Wandrey

Änderungsantrag zu WP-1

In Zeile 43:
Es ist nicht gerecht, dass Betroffene, die durch den Kohleabbau zu Schaden gekommen sind, es vor Gericht ~~die Beweislast tragen. Dazu kommt, dass~~schwer haben , da allein Tagebau-Unternehmen die für mögliche Verfahren wichtigen Daten verwalten und Opfer so kaum Chancen haben, ihre Ansprüche durchzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schlichtungsstelle für Bergschäden in Brandenburg wieder eingerichtet wird. Die Stelle, die sich um Konflikte von Hausbesitzer*innen mit Tagebau-Unternehmen kümmert, soll im selben Zug neu aufgestellt werden.

Begründung

die Frage, ob das wirklich „ungerecht“ ist oder doch rechtmäßig und im Rahmen des Prinzips „im Zweifel für den Angeklagten“ grundsätzliche juristische Praxis im WP zu diskutieren führt sehr weit. Die Ungerechtigkeit, dass Daten nur bei den Unternehmen liegen, wird jedoch weiterhin benannt.